„Der Courier"
Organ der deutschsprechenden Canadier.
Erscheint jeden Mittwoch.
Herausgegeben von der
„Western Printers Association, Limited"
J. W. Ehmann, Geschäftsführender Direktor.
Bernhard Bott, Chefredakteur.
Geschäftsstelle in Regina, Sask.: 1835 Halifax Straße.
Geschäftsstelle in Edmonton, Alta: 9753 Jasper Avenue.
Mittwochausgabe 12—24 Seiten stark.

"DER COURIER"
The Organ of the German-speaking settler of the West
MEMBERS OF A.B.C.
Printed and published every Wednesday by THE WESTERN PRINTERS ASS'N, LTD., a joint stock company, at its office and place of business, 1835 Halifax Street, Regina, Sask., Can.
All stock owned by the readers of the paper.
J. W. EHMANN, *Managing Director.*
(Advertising Rates upon application)

Der Farmer und die canadische Zollpolitik.

Als eine der Hauptursachen der gegenwärtigen Weltdepression wird sehr häufig die nahezu allgemein übliche Hochschutzzollpolitik bezeichnet. Es herrscht dabei insofern eine Verwirrung der Begriffe, als die hohen Zollmauern, mit denen sich fast alle Länder der Welt umgeben haben, nur vielfach deswegen aufgerichtet wurden, um sich gegen die katastrophalen Auswirkungen der Weltwirtschaftskrise einigermaßen zu schützen. Man verwechselt also nur zu leicht Ursache und Wirkung. Es kann jedoch keinem Zweifel unterliegen, daß die internationale Zollpolitik der letzten Monate die Wirtschaftslage nicht erleichtert, sondern eher noch bedeutend verschärft hat.

Die weltwirtschaftlichen Beziehungen können nur dann als normal bezeichnet werden, wenn der Warenaustausch von Land zu Land sich möglichst ungehindert und ungestört vollziehen kann. Dabei kann es stets dem Ermessen eines jeden Landes überlassen bleiben, zur Stärkung seiner Finanzen wie auch zum Schutze gewisser lebensnotwendiger und wirklich schutzbedürftiger Erwerbszweige Zölle in mäßiger Höhe anzuwenden. Es muß jedoch als ein Schlag gegen den freien internationalen Handel und Verkehr und als unsinnige Politik vom eigenen volkswirtschaftlichen Standpunkt aus bezeichnet werden, wenn man fast die gesamte Gütereinfuhr abzuwürgen sucht. Der Unsinn dieser Willkürpolitik beruht darin, daß sich damit das betreffende Land ins eigene Fleisch schneidet, weil selbstverständlich keine andere Nation so töricht ist, sich eine solche Daumenschraube anlegen zu lassen. Die Folge davon ist ein stiller oder offener Zollkrieg, wie er heute in ausgesprochenster Form zwischen nahezu allen Ländern besteht.

Legen wir den Maßstab dieser Grundgedanken, die wir eben kurz dargetan haben, an Canada an, so müssen wir zu schärfster Verurteilung der canadischen Zollpolitik vom wohlerwogenen canadischen Standpunkt aus gelangen. Da hilft kein Drehen und Deuteln. Nicht einmal „günstige Handelsbilanzen" können einen schlüssigen Beweis für die Richtigkeit der Hochschutzzollpolitik liefern. Wer etwas von dem tatsächlichen Gang des internationalen Handelsverkehrs und von der Aufstellung von Statistiken versteht, weiß, daß solche „günstige Handelsbilanzen" oft nur beweisen, daß die Kaufkraft der einheimischen Bevölkerung so stark gesunken ist, daß die Wareneinfuhr in gleichem Maße sinken mußte.

Der westcanadische Farmer steht der Bennett'schen Zollpolitik ganz verständnislos gegenüber und wird sich auch durch die schönsten Redensarten nicht dazu bekehren lassen. Viele Farmer mußten bereits ihre Stimme für einen Bennett-Kandidaten teuer bezahlen. Der Westen ist freihändlerisch aus dem einfachen und leicht erkennbaren Grunde, weil er nicht immer zum Opfer der großkapitalistischen Interessen des Ostens werden will. Die Konsumkraft des industriellen canadischen Ostens ist, soweit der Verbrauch von landwirtschaftlichen Produkten des Westens in Frage kommt, nicht stark genug, um dadurch die Nachteile eines einseitigen Fabrikantenschutzes aufzuwiegen. Anders wäre es, wenn der Osten den Weizen des Westens verzehren und dafür verhältnismäßig ebenso teuer bezahlen würde, wie der Farmer des Westens für die aus dem Osten eingeführten Maschinen und sonstigen Waren bezahlen muß. Hier liegt der Kerngedanke für die Zolldiskussion im Westen. Da aber selbst bei stärkster und künstlich angetriebener Industrieentwicklung im Osten nicht auf eine baldige und genügende Hebung der dortigen Konsumkraft zu rechnen ist — oder will man erst den Farmerstand des Westens darüber zu Grunde gehen lassen? —, so muß der Farmerwesten den Absatz seines Hauptproduktes, des Weizens, auf anderen und zwar ausländischen Märkten suchen. Wo liegen diese Märkte? Sie liegen in Industrieländern, wie Großbritannien, Deutschland, Frankreich usw., die auf die Ausfuhr ihrer Industrieprodukte ebenso angewiesen sind wie Westcanada auf die Ausfuhr seines Weizens. Ließe sich hier nicht ein Tauschgeschäft vornehmen, etwa in dem Maße und Umfange, wie es zwischen Deutschland und Rußland sich in neuester Zeit vollzieht? Daran ist natürlich nicht zu denken, solange die unsinnige canadische Schutzzollpolitik, welche die kapitalistischen Interessen des Ostens einseitig begünstigt, gegen Länder wie Deutschland, Frankreich usw. rücksichtslos zur Anwendung gelangt.

Man komme uns nicht mit kindischen und lächerlichen Vergleichen mit anderen Ländern! Mit solchen Mätzchen kann man Wahlpropaganda treiben und einige Dumme fangen. Aber Vergleiche zwischen den wirtschaftspolitischen Maßnahmen der einzelnen Länder hinken stets, sind immer unzutreffend, weil die Wirtschaftsstruktur eines jeden Landes von der des anderen verschieden ist. Man kann Canada nicht mit den Vereinigten Staaten, nicht mit Deutschland, nicht mit Großbritannien usw. vergleichen. Man könnte zur Not vielleicht den Maßstab Argentiniens oder Australiens anlegen, aber selbst in diesem Falle sind bedeutsame Verschiedenheiten festzustellen, auf die wir in diesem Zusammenhang nicht näher eingehen wollen. Jedes Land muß unter Berücksichtigung seiner Haupterwerbszweige und seiner Lebensnotwendigkeiten seine Zollpolitik einstellen. In Canada spielt die Landwirtschaft eine so hervorragende und lebenswichtige Rolle, daß es einem schweren Vergehen gegen das Wohl des Landes gleichkommt, wenn man den Farmer leiden läßt, nur um einigen Fabrikanten Vorteile in den Schoß zu werfen. Darüber helfen auch solche Schönheitspflästerchen wie der Weizenbonus, der übrigens auch nur den mit einer Ernte gesegneten Farmern zusteht, nicht hinweg. Ein grundfalsches Wirtschaftssystem läßt sich nicht durch derartige halbe Maßnahmen, sondern nur durch eine radikale Aenderung des volkswirtschaftlichen Kurses korrigieren.

Die berühmteste deutschamerikanische Legende geklärt.

D.A.Z. Bekanntlich gibt es eine alte Legende, wonach der amerikanische Bundeskongreß um ein Haar beschlossen hätte, Deutsch statt Englisch zur Landessprache zu machen; bei der entscheidenden Abstimmung habe Stimmengleichheit geherrscht, und der Sprecher des Hauses, der Deutsche Mühlenberg, habe den Ausschlag zu Ungunsten des Deutschen gegeben. Erst neuerdings wieder in der Chicagoer „Neuen Zeit" vom 7. November behandelt Prof. J. Eiselmeier kritisch den bisherigen Stand der Forschung zur dieser Frage, die nur negative Ergebnisse gebracht hat; er schließt mit den Worten: „Wer in Zukunft die Behauptung aufstellt, daß Mühlenberg daran Schuld ist, daß heute Amerika nicht Deutsch rede, der muß die betreffende Stelle in den Protokollen genau angeben."

Diese Forderung hat Otto Lohr erfüllt. Im vierten Hefte (Jahrgang 1931) der Mitteilungen der Deutschen Akademie (München) gibt er unter Vorlegung genauer Quellennachweise an, daß am 13. Januar 1795 im amerikanischen Bundeskongreß über die Frage abgestimmt wurde, ob die Gesetze des Bundes in Zukunft außer englisch auch deutsch gedruckt werden sollten. Die Abstimmung ergab 42 Nein gegen 41 Ja. Der Sprecher A. A. Mühlenberg hatte in der Sitzung den Vorsitz, was ihm im Sinne der Ueberlieferung die Möglichkeit gab, seine Stimme zur Entscheidung in die Waage zu werfen. Damit dürfte sein Anteil festgestellt sein, wenn auch die Namen der Abstimmenden nicht überliefert sind. Die Abstimmung ging auf einen entsprechenden Antrag pennsylvaniadeutscher Einwohner des County Augusta im Staate Virginien zurück. Natürlich handelte es sich nicht — und damit erfährt die Legende eine starke Berichtigung — darum, die deutsche Sprache über oder auch nur neben die englische zu stellen. Es ging um ihren ergänzungsweisen amtlichen Gebrauch, um — wie Lohr es ausdrückt — „die Zuerkennung eines sprachlichen Mindestrechts gegenüber einer andersvolkischen Minderheit, aus Gründen praktischer Zweckmäßigkeit und öffentlichen Nutzens."

Dem gleichen Heft der „Mitteilungen" ist zu entnehmen, daß während des amerikanischen Bürgerkrieges, am 24. April 1862, vom amerikanischen Bundeskongreß der Antrag angenommen wurde, eine amtliche Bundesdrucksache, den Ackerbaubericht des Patentamts für das Jahr 1861, in deutscher Sprache zu drucken. Am 25. April wurde der Antrag auf den Widerspruch des Druckkomitees des Kongresses hin wieder umgestoßen; immerhin ist für 24 Stunden gewissermaßen Deutsch einmal als amtliche Sprache (wenn auch nur als Hilfssprache) des Bundes anerkannt gewesen. Diese Tatsache ist durch Untersuchungen von T. Kloß, Assistent am Deutschen Ausland-Institut in Stuttgart, festgestellt worden.

Schäbige Gesellschaft.

Je ernsthafter sich die internationale Oeffentlichkeit mit dem Problem der Versailler Grenzziehung im europäischen Osten beschäftigt, um so lauter klappert die Mühle der polnischen Propaganda, bemüht sich Warschau, die nichtpolnischen Landesteile trotz Völkerbund und Minderheitenrecht zu assimilieren und so „vollzogene Tatsachen" zu schaffen. Zu diesen Assimilationsbestrebungen gehört nicht zuletzt der Versuch, Renegaten zu züchten und diese als „zufriedene Minderheit" gegen die einzelnen Volksgruppen und ihre berufene Führung auszuspielen.

Wie raffiniert dieses Verfahren insbesondere gegen das bodenständige Deutschtum angewandt wird, erweist die Tätigkeit des sogenannten „Deutschen Kultur- und Wirtschaftsbundes", der in Lodz mit stattlichen Mitteln auf die Beine gestellt wurde und seit seinem Bestehen unter Leitung eines Herrn Daniliewski gröbste antideutsche Hetzpolitik betreibt. Während sein Organ, der „Volksbote", die schöne Parole: „zu lieben, nicht zu hassen sind wir da" — verkündet, wird die deutsche Bevölkerung durch das Versprechen von Steuerermäßigungen und anderen Vorteilen, wie durch die entsprechenden Drohungen im umgekehrten Fall, unter Druck gesetzt, dem Bunde beizutreten, wird der „friedliche Ausgleich" zwischen Staatsnation und deutschen Minderheiten durch die infamsten Denunziationen „gefördert", wird der „Deutsche Volksverband" der Illoyalität und der Staatsfeindlichkeit bezichtigt und sogar den Lehrern des deutschen Gymnasiums in Lodz der groteske Vorwurf gemacht, sie würden vom Deutschen Reiche bezahlt.

Daß selbst die in Lodz erscheinende polnische Zeitung „Prawda" sich genötigt sah, das Gebaren des „Kulturbundes" einen Verstoß wider die guten Sitten zu nennen und die Verleumdungen des „Volksboten" als zersetzend und demoralisierend zu brandmarken, kennzeichnet zur Genüge die Achtung, deren sich Herr Daniliewski und seine Freunde nicht nur bei den Deutschen in Polen erfreuen. Die polnische Regierung aber benützte den angeblichen „Streit im deutschen Lager", um das deutsche Minderheitenschulwesen in Lodz weiter zu drosseln, beziehungsweise die polnische Unterrichtssprache in den dort noch vorhandenen deutschen Schulklassen weitgehend einzuführen. Moralische Skrupel gelten im Kampfe gegen die deutschen Volksrechte nicht! Das zeigt die Neugründung eines in deutscher Sprache erscheinenden polnischen Propagandablattes in Konitz; wird dieses neue „deutsche Sprachrohr" doch von einem Renegaten geleitet, der während des Krieges in Uebersee im Auftrage der Ententepropaganda arbeitete, nach dem Kriege im polnischen Spionagedienst in Danzig beschäftigt war und schließlich vom Leipziger Reichsgericht wegen vollendeten Landesverrats zu sechs Jahren Zuchthaus verurteilt wurde. Wie schlecht steht es um die polnische Sache, wenn sie sich solcher Helfershelfer bedienen muß!

Weltumschau

Wahlarbeit für Hindenburg. In die Vorkampagne der im März stattfindenden Reichspräsidentenwahl scheint endlich eine gewisse Klärung kommen zu wollen. Mit äußerst geschickter Hand hat Berlins Oberbürgermeister Dr. Heinrich Sahm die Initiative ergriffen, indem er einen Aufruf an die bekanntesten Persönlichkeiten des Landes zur Bildung eines Bürgerausschusses erließ, der die Wiederwahl Hindenburgs betreiben soll. Listen sollen aufgelegt werden, in welche diejenigen ihre Namen eintragen werden, welche für die Kandidatur Hindenburgs sind. Fest wird damit gerechnet, daß die Zahl der Unterschriften weit größer sein wird, als das Gesetz zur Aufstellung eines Kandidaten verlangt. Damit würde aber die formelle Annahme der Kandidatur durch den greisen Generalfeldmarschall gesichert und in Bälde zu erwarten sein.

Es ist dieses eine geschickte Taktik, die von den Freunden Hindenburgs verfolgt wird, eine Taktik, durch welche die Opposition der Rechten in eine Sackgasse gedrängt wird, aus der sie keinen Ausweg finden dürfte. Da kaum zu erwarten steht, daß sie es wagen wird, einen Gegenkandidaten aufzustellen, so dürfte Reichskanzler Brüning als Sieger aus diesem von der Harzburger Front, den Rechtsradikalen, angezettelten Kampf hervorgehen. Auch kann jetzt schon gesagt werden, daß jede andere Kandidatur für das Reichspräsidentenamt von vornherein zu einer Niederlage verurteilt sein würde.

Hitler, Präsidentschaftskandidat? Berliner Nationalsozialisten glauben, daß die einzige für den Posten des Reichspräsidenten geeignete Person Adolf Hitler ist. In einer Massenversammlung im Sportpalast riefen 15,000 Anwesende fünf Minuten lang Beifall, als ein junger Bursche rief: „Hitler Reichspräsident". Die Demonstration erfolgte im Laufe einer Rede Hans Hinkels, eines nationalsozialistischen Reichstagsmitgliedes, der erklärte: „wir brauchen einen starken, der deutschen Nationalität bewußten Präsidenten, einen, der ein Herz für das leidende Volk und besonders für die Jugend hat."

Die Polizei hat das Hitlerorgan „Völkischer Beobachter" ohne Angabe von Gründen auf eine Woche verboten. Hitler selbst befindet sich in Dortmund, wo er, wie es heißt, mit den Führern der rheinisch-westfälischen Schwerindustrie verhandelt.

Eröffnung der Abrüstungskonferenz. Als am 2. Februar in Genf der schon vor längerer Zeit erwählte Vorsitzende, der frühere britische Außenminister Arthur Henderson, die erste Sitzung der großen Abrüstungskonferenz, zu der Delegaten aus sechzig Ländern herbeigeströmt sind, ohne Pomp, aber doch feierlich für eröffnet erklärt hatte, hielt er alsbald, ohne von Beifall begrüßt zu werden, eine einstündige Eröffnungsansprache, die auf die versammelten Staatsmänner sichtlich einen starken Eindruck machte. Er forderte die Anwesenden eindringlich auf: „Ergreifen wir die Gelegenheit, solange sie noch da ist, die Völker der Erde eine Stufe höher emporzuführen zur Hochebene des Friedens und der Zusammenarbeit! Wir wollen uns weigern, die Möglichkeit eines Mißlingens auch nur in Betracht zu ziehen! Denn niemand könnte die Folgen eines Mißerfolges voraussehen."

Er brachte in seiner Rede auch die gegenwärtigen Vorgänge in Ostasien mit den folgenden nachträglich eingefügten Sätzen zur Sprache: „Wir sehen uns gezwungen, auf den tragischen Umstand hinzuweisen, daß im Augenblick des Zusammentritts der Konferenz, welche für den Frieden wirken soll, wir einer so äußerst ernsten Lage gegenüberstehen, wie es die gegenwärtige Lage im Fernosten ist. Es ist geboten, daß alle Signaturmächte der Völkerbundsatzung und des Kellogg-Briand-Paktes zusehen, daß diese beiden Sicherheitsvorkehrungen gegen Gewalt und Krieg strikt durchgeführt werden."

Im weiteren Verlauf seiner Rede steckte Henderson der Konferenz drei zu erreichende Ziele: 1. Kollektiveinigung über ein praktisches Programm für erhebliche Herabminderung und Einschränkung der Rüstungen. 2. Ein fester Beschluß, daß Rüstungen, die außerhalb der Grenzen der Kollektivvereinigung liegen, nicht stattbaft seien und nicht geduldet werden sollen. 3. Beschluß der Abhaltung weiterer Abrüstungskonferenzen in eng abgestuften Zeiträumen.

Mit prägnanten Sätzen begründete der Redner die absolute Notwendigkeit der Weltabrüstung, gestand aber auch mit gleichem Freimut ein, daß ihr schier unüberwindliche Hindernisse im Wege ständen.

Seine Forderungen verfocht Henderson in der Rede mit dem heiligen Ernst eines Mannes, der weiß, daß er die Ueberzeugungen der großen Mehrheit der Menschheit möglichst packend zum Ausdruck zu bringen hatte.

„Die Welt will Abrüstung haben," erklärte er ruhig und fest. „Die Welt hat Abrüstung nötig. In unserer Macht steht es, ein Modell für den Aufbau der kommenden Weltgeschichte zu schaffen. Hinter all dem militär-technischen Wirrwarr von Mannschaftsmacht, Geschützmacht, Tonnage-Einteilung und dergleichen liegt die Wohlfahrt der Menschheit. Ich weigere mich daher, auch nur die Möglichkeit eines Mißlingens ins Auge zu fassen."

London für Streichung der Reparationen. Schatzkanzler Neville Chamberlain erklärte im britischen Unterhaus erneut, die Politik Großbritanniens ziele auf eine „allgemeine Streichung der Reparationen und der Kriegsschulden" ab. Und zwar habe dieses so früh wie möglich zu erfolgen, um möglichst rasch eine Endlösung dieser Probleme zu finden. „Die Politik der englischen Regierung," führte er aus, „verlangt, daß eine umfassende und endgültige Lösung des Reparationsproblems so früh wie möglich erzielt wird. Wir sind der Ansicht, daß dieses Ziel am besten durch eine allgemeine Streichung der Reparationen und der Kriegsschulden erreicht werden kann."

Der Schatzkanzler setzte hinzu, er sei sich bewußt, daß eine solche Endlösung zur Zeit nicht möglich sei; doch gingen die Verhandlungen für Ansetzung eines Datums der verschobenen Lausanner Reparations-Konferenz weiter. Deutschland sei durch das Haager Abkommen juristisch gezwungen, Reparationszahlungen zu leisten und könne deshalb diese Zahlungen nicht einfach kündigen. „Zur gleichen Zeit," fuhr er fort, „ist es nach dem Bericht des Basler Ausschusses klar, daß Deutschland nicht in der Lage ist, die Erfüllung dieser Verpflichtungen wieder aufzunehmen. Es ist offensichtlich, daß diese Tatsache, sobald die Gläubigernationen zusammentreten, um über seine Verpflichtungen zu beraten, in Rechnung gestellt werden muß."

Weiter sagte der Schatzkanzler: „Ein Meinungsaustausch über diese Angelegenheit hat mit der französischen Regierung stattgefunden. Da es aber bis jetzt unmöglich gewesen ist, zu einem vollen Einverständnis zu kommen, dürfte es das beste sein, die ganze Frage der Reparations-Konferenz selbst, sobald sie zusammentreten wird, zur Lösung zu überlassen."

Britische Zölle und Dominions. Lord Beaverbrooks „Daily Expreß" berichtet, es sei gesagt worden, daß unter den vorgeschlagenen Tarifmaßnahmen, die von der Regierung im Unterhaus unterbreitet werden, Canada keine Vorzugsbehandlung erhalten würde. In einem Leitartikel richtet das Blatt einen scharfen Angriff auf die Absicht der Regierung, die Dominions von irgendeinem Vorteil unter der Zollvorlage abzuschließen. Im Gegenteil sei vorgeschlagen, die Frage von Vorzugszöllen für die Erörterung auf der Reichskonferenz, die nächsten Sommer in Ottawa stattfindet, vorzubehalten.

Das Blatt bezeichnet die Anregung von Vorzugszöllen als ein ungeheuerliches Verfahren, nicht auf Bosheit, sondern auf Torheit beruhend und dazu angetan, die Reichskonferenz zum Scheitern zu bringen. Hieran knüpft das Blatt die Frage: „Falls Großbritannien nichts zugestehen wird, bis es den gegenseitigen „Bargain" sich erreicht hat, warum sollten dann die Dominions sich nicht ihrer bestehenden britischen Vorzugszölle entledigen, um das gegenseitige Verhandeln unter gleichen Bedingungen zu bringen?"

Sowjets prahlen mit „Erfolgen." Auf der in Moskau tagenden Allrussischen Kommunisten-Konferenz erklärte Isidor Lubimow, der neue Kommissar für Leichtindustrie, das Hauptproblem der Sowjets sei künftighin eine wesentliche Verbesserung der Lebenshaltung der Bevölkerung, und die Leichtindustrie müßte in dem Wirtschaftsplane die erste Stelle einnehmen. Er betonte, das Hauptgewicht müßte von der Schwerindustrie, die bereits „entschiedene Erfolge" erzielt habe, auf die Leichtindustrie verlegt werden, und ein solcher Schritt werde durch landwirtschaftlichen Kollektivbetrieb ermöglicht. Seine Abteilung liefere, unter anderer Betätigung, Waren für den einheimischen Verbrauch. Weiter führte er aus: „Wir haben alle Möglichkeiten der Beschaffung notwendiger Ausrüstung in Sowjet-Fabriken und vor allem ist nötig, das Land von ausländischer Einfuhr unabhängig zu machen. Unsere Einfuhr von Häuten, die sich 1930 auf $5,350,000 bezifferte, hat aufgehört; wir werden uns auch von der Woll- und Baumwoll-Einfuhr in diesem Jahre nahezu befreit haben. Unsere Produktion hat 1931 um 12 2/10 Prozent im Vergleich zu dem Vorjahre zugenommen, erreichte aber nur 93 Prozent des vorgeschriebenen Planes. Dieser Rückstand muß in diesem Jahre bewältigt werden. Aus einer Gesamtzahl von 16,000,000 Industriearbeitern werden in diesem Jahre 1,190,000 in der Leichtindustrie beschäftigt werden und die Kapitalanlagen werden sich auf $210,000,000 beziffern."

G. K. Ordjonikidze vom Obersten Wirtschaftsrat beschuldigte schlechte Arbeit und mangelhaften Transport für das Zurückbleiben der industriellen Leistungen von 1931. Wenn auch weniger als die Hälfte der erwarteten Zunahme von industrieller Produktion erzielt worden sei, der Mehrbetrag sei immerhin um 21 Prozent größer als die Leistungen des Jahres 1930 und beziffere sich im Werte auf $13,500,000,000. Von dieser Gesamtsumme entfielen $5,000,000,000 auf die Schwerindustrie, $3,800,000,000 auf die Leichtindustrie und $2,500,000,000 auf Nährmittel. Zudem sei in verschiedenen Industriezweigen der Fünfjahrplan schon in drei Jahren vollendet worden, besonders im Baubetrieb, in der Elektrotechnik, in der Petroleum- und Gummi-Gewinnung. Arbeitslosigkeit sei durch Anstellung von 120,000 neuen Arbeitern in der Industrie beseitigt worden, und die allgemeinen Lohnerhöhungen erreichten 16 Prozent.

Rußland und der Kampf in Asien. Rußland muß die Entwicklungen im fernen Osten mit größter Aufmerksamkeit verfolgen, erklärte Vorsitzender Molotow dem allrussischen Kongreß der kommunistischen Partei, da „Weißrussen" in der Mandschurei die Errichtung eines Pufferstaates planten und einen Bruch mit der Sowjet-Union herbeizuführen trachteten.

„Die jüngsten Ereignisse in Schanghai," sagte er, „legen beredtes Zeugnis für die Politik des Imperialismus ab, die unweigerlich zu neuen Kriegen führen wird. In China wird die Trennungslinie zwischen Krieg und Frieden verwischt, und China und Japan liegen in tatsächlichen Feindseligkeiten ohne formelle Kriegserklärung. Die Sowjetunion würde ihre Pflicht nicht erfüllen, wenn sie es dulden würde, daß die Sowjetunion sich durch leeres Gerede und verallgemeinerte Entschließungen über die internationale Situation in einen Zustand falschen Sicherheitsgefühls einschläfern läßt. Wir müssen gerüstet sein, unsere eigenen Interessen zu schützen."

Genug vom Kommunismus.

Versuche zur praktischen Durchführung der kommunistischen Lehre sind nicht erst mit dem Leninismus in Rußland entstanden. Schon oft vorher haben sich in den verschiedensten Teilen der Welt kleinere oder größere Gruppen von gleichgesinnten Menschen zusammengetan, um, von der Fehlerhaftigkeit sonstiger wirtschaftlicher Systeme überzeugt, mit der praktischen Anwendung des vollkommenen Gleichheitsprinzips zu experimentieren. So auch in der bekannten Kolonie von Amana in Iowa, in der sich vor mehr als siebzig Jahren eine größere Gruppe deutscher Einwanderer niederließ, um, mehr aus religiösen als aus rein wirtschaftlichen Motiven heraus, ein Gemeinschaftsleben zu führen, in dem für alle Mitglieder die vollkommene Besitzgleichheit galt. Jahrzehnte hindurch vermochten die Gründer und ihre ersten Nachkommen, auf die zweifellos noch ein gutes Stück der ursprünglichen Begeisterung vererbt worden war, das kommunistische Wirtschaftssystem aufrechtzuerhalten. Aber nach und nach scheint sich dann doch die Idee verbreitet zu haben, daß auf die Dauer ein erfolgreiches Zusammenarbeiten dieser Art unmöglich sei.

Es war vor allem das jüngere Element, das sich gegen die Auffassung der Gründer mehr und mehr auflehnte und die Forderung stellte, daß die Kommunität auf einer anderen Basis aufgebaut werden sollte. Die heranwachsende Generation war vor allem unzufrieden mit der Bestimmung, daß die besonderen individuellen Fähigkeiten und der besondere Fleiß keine entsprechende Belohnung erhalten sollten. Ihre Agitation zugunsten einer Aenderung des Systems führte schließlich zu einer Abstimmung, die mit 885 gegen 42 Stimmen für das Fallenlassen des alten Planes ausfiel. Das in Amana beanstandete Prinzip hat auch bekanntlich im kommunistischen Rußland bereits eine Durchlöcherung erfahren. Es handelt sich darin eben um eine Mißachtung natürlicher Rechte, die auf die Dauer nicht ungestraft bleibt.

Beginn der Legislatur-Session

(Fortsetzung von Seite 1.)

Taubstummenschule mit 120 Schülern eröffnet. Tausende von Schülern in den ländlichen Bezirken nehmen an der Korrespondenzschule teil. Infolge der zurückgegangenen Provinzialeinnahmen muß die Regierung zu einer Beschneidung der Aufwendung für Bildungszwecke übergehen.

Die Thronrede spricht von „ausgezeichnetem Fortschritt" im Landstraßenbau-Programm; Saskatchewan habe 5950 Meilen Hochstraßen und davon 2122 Meilen Hochstraßen mit Kiesbelag. Seit 1. Juni wurde der Straßenbau als Notstandsmaßnahme für die Farmer unternommen.

Die Regierung hat durch das Ministerium für Eisenbahnen, Arbeit und Industrie bei der

Hilfeleistung für städtische und ländliche Arbeitslose

mitgewirkt. Vom September 1930 bis September 1931 wurden insgesamt $2,700,000 für öffentliche Notstandsarbeiten aufgewendet und damit 33,402 Personen beschäftigt. Während der nämlichen Periode wurden 29,785 Personen mit einem Aufwand von über $1,200,00 direkt unterstützt. Seit September 1931 ist ein neues System für direkte Notstandshilfe eingeführt; 6000 Farmarbeiter konnten mit Hilfe der Regierung auf den Farmen gehalten werden.

Das neue Ministerium für Naturwerte hat Land im Werte von über $600,000 verkauft. Vom Ministerium für Volksgesundheit wird gesagt, daß sein Arbeitsprogramm systematisch ausgeführt wird, besonders auf dem Gebiete der Krebsbekämpfung. Die Sterblichkeitsrate der Provinz war 1931 niedriger als 1930. Ansteckende Krankheiten zeigen einen Rückgang von über 26 Prozent. Die Zahl der Geisteskranken hat ebenfalls bedeutend abgenommen.

Notwendig ist nach den Darlegungen des Leutnant-Gouverneurs

eine Beschneidung der Ausgaben

für öffentliche Dienste. Außer Einsparungen muß die Legislatur aber sich auch mit Beschaffung von neuen Einnahmen befassen.

Zur Erschließung neuer Einnahmequellen erfährt man, daß die Einführung einer Lohn- und Gehaltssteuer von wahrscheinlich 1 Prozent, einer provinzialen Einkommensteuer nach dem Vorbild der Dominionsteuer dieser Art und einer Erhöhung der Korporationssteuer auf 10 Prozent geplant ist.

Wie ernst die Finanzlage der Provinz ist, ergibt sich auch aus dem Umstande, daß Saskatchewan in den letzten Monaten von der Dominionregierung in Ottawa insgesamt 10 Millionen Dollar geliehen hat. Auch Manitoba und Alberta sind von der canadischen Regierung mit Darlehen bedacht worden, doch scheint der Gesamtbetrag, zusammengenommen, nicht so hoch zu sein wie der von Saskatchewan allein. Zusammen sind $15,007,166.96 auf dem Anleihewege den canadischen Provinzen zugeflossen.

Vom chinesischen Kriegsschauplatz.

(Fortsetzung von Seite 1)

teil geworden war. Es gelang den Japanern nicht, weiter vorzudringen. Sie kündigten jedoch an, daß sie am Sonntag mit einem neuen Bombardement der chinesischen Stellungen beginnen würden. Zwölf japanische Flugzeuge bewarfen in der vergangenen Nacht das Tschenju-Flugfeld mit Bomben. Ob sie Erfolge erzielten, konnte nicht festgestellt werden. Die Chinesen leisteten keinen Widerstand dagegen.

Die chinesischen Verluste bei den Kämpfen um Schanghai werden von den Japanern offiziell auf mehr als 5000 Tote geschätzt. In diese Zahl sind die Zivilisten eingeschlossen, die bei dem Bombardement Chapeis ihren Tod fanden.

Nach Ankunft von gegenwärtig unterwegs befindlichen Streitkräften wird sich die Zahl der hier eingesetzten japanischen Soldaten auf ungefähr 20,000 belaufen. Gegenwärtig halten sich 8000 hier auf und weitere 12,000 sind unterwegs. Gestern wurden 12 weitere Feldgeschütze gelandet, von denen 12 gegen die Chinesen in Chapei Verwendung finden sollen. Auch wurde am Tangpoo-Fluß ein Militärflugplatz geschaffen, auf dem gegenwärtig 11 Flugzeuge untergebracht sind.

Das Courier-Abonnement kostet Ihnen eigentlich nur $1.50 im Jahr, wenn Sie sich daran gewöhnen, immer vorauszuzahlen, weil Sie dann nur $2.00 zu entrichten haben und den neuesten Courierkalender als freie Prämie erhalten. Der Kalender ist allein 50 Cents wert.